

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig halbjährlich 12.— Mk., vierteljährlich 6.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-spaltige Zeile 4.— Mk. von auswärts 5.— Mk. Arbeitsmarkt, Wohnungsangelegen nach bez. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 12.— Mk. von auswärts 15.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 96

Dienstag, den 25. April 1922

13. Jahrgang

Ruhigere Stimmung in Genua.

In Genua haben sich die Wogen etwas geglättet. Durch Pressmeldungen ist jetzt bekannt geworden, daß es in der Sitzung der Ententevertreter zu heftigen Zusammenstößen zwischen Lloyd Georges und Barthou gekommen ist. So erklärte er, daß er entsetzt sein würde, wenn eine Trennung zwischen den Entente-Mächten sich vollziehen müßte. Vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege habe er alles getan, um die Trennung zu verhindern, und auf dieser Konferenz selbst zeige er sich in dem Geiste. Aber daß man es wohl wisse, England wird an die Seite derer treten, die den Frieden wollen, wer es auch sei und woher sie auch kommen. Barthou hat auf diese Ausführungen Lloyd Georges ziemlich schwach geantwortet. Frankreich hätte seine Ergebnisse für ein allgemeines Einverständnis bewiesen. Lloyd Georges erwiderte: Hierüber hätte ich manches zu sagen, aber die Stunde, um mich auszusprechen, ist noch nicht gekommen. Der aus London in Genua eingetroffene Lord Birkenhead hielt an die Pressevertreter eine Rede, in der er mittelte, daß das antike England durchaus die Richtlinien Lloyd Georges auf der Genuaer Konferenz billige und unterstütze. Das ganze englische Kabinett stehe unbedingt hinter Lloyd George. Schließlich Rußlands erklärte Birkenhead, England stehe auf dem Standpunkt, daß jedes zivilisierte Land berechtigt sei, sich selbst seine Verfassungsform zu geben. Die russische Regierung sei vom russischen Volke gewählt und vertrete daher das russische Volk. Da jetzt die Sowjets zu Kompromissen bereit seien, liege kein Grund vor, sich von ihnen abzuschließen. Birkenhead schloß mit einem Appell an Amerika.

Genua, 24. April. (W.F.B.) Bei einem Fest, das Sonntag nachmittag von der Leitung des Pressehauses zu Ehren der internationalen Presse in der Villa Cambiaso gegeben wurde, hielt Schanzer eine Rede, in der er betonte, Geduld sei notwendig bei Behandlung der schwierigen Probleme. Die Teilnehmer dürften sich nicht durch gelegentliches Sturmwetter nicht entmutigen lassen. Er hoffe, die Presse werde bald in der Lage sein, der Welt einen vollen Erfolg des großen Werkes zu verkünden.

Der Zwischenfall erledigt.

Von Berliner zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß der Zwischenfall in Genua nach wie vor nach allgemeiner Auffassung als erledigt zu betrachten ist. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Western früh tagte die Finanz- und die Transportkommission, nachmittags die wirtschaftliche und die Transportkommission. Die deutsche Delegation arbeitet in den Kommissionen nach wie vor.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ in Genua ist der Ansicht, die bisher gefaßten Beschlüsse der Finanzkommission beagten, daß die Besteuerung zu weit führen könne und daß die Länder, die schwere äußere Zahlungen zu leisten haben, das Budget nur durch eine äußere Anleihe ausgleichen können. Dies beziehe sich auf Deutschland und die Reparationen, obgleich es nicht ausdrücklich gesagt wird.

Die Entente-Verhandlungen mit den Russen.

Schwieriger als alle andern Fragen scheinen sich die Verhandlungen der Entente mit Rußland zu gestalten. Nach einer bürgerlichen Pressmeldung sollen die Russen folgende Bedingungen gestellt haben: **Erstens:** Für die Abtragung der Vorkriegsschulden ist die Gewährung eines dreißigjährigen Moratoriums nötig. **Zweitens:** Die Kriegsschulden werden nicht getilgt und nicht anerkannt. **Drittens:** Das nationalisierte Eigentum kann aus innerpolitischen Gründen nicht zurückgegeben werden und die russische Regierung sieht sich infolge des Geldmangels außerstande, die Eigentümer anders zu entschädigen, als durch die Gewährung von weiteren Konzessionen. Ueber die russischen Bedingungen werden die Entente-Vertreter unter sich beraten.

Eine Sekrede Poincarés.

Bei der Eröffnung des Generalrates des Maasdepartements in Bar-le-duc hob Ministerpräsident Poincaré gestern hervor, daß er Lothringer Grenzfranzose sei. Zum Friedensvertrag übergehend, sagte er, wenn die Bestimmungen des Versailles Vertrages, das wenigstens die vom Feinde auf französischem Gebiet verursachten Schäden und die Pensionen der Wit-

wen und Verwundeten zu Lasten Deutschlands gehen sollen und daß Deutschland entwaffnet und endgültig zur militärischen Ohnmacht verurteilt werden solle, richtig angewandt worden wären, würde Frankreich zum großen Teil seiner ersten finanziellen Schwierigkeiten ledig und hätte die Freude, endlich seine Sicherheit garantiert zu sehen, mehr verlange es nicht. Bezüglich der gegen Frankreich in verschiedenen Ländern erhobenen Anklagen wegen Im-

An die werktätige Bevölkerung des Freistaats!

Die Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft mühen sich in Konferenzen ab, den Verfall ihrer unfähigen Weltordnung aufzuhalten. Demgegenüber rüstet die internationale Arbeiterschaft zur Mafseier, um in solidarischer Eintracht ihre alten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Völkerverböhnung zu erheben.

Die Folgen des Weltkrieges, der ein Ausfluß kapitalistisch-imperialistischer Politik war, lasten auf allen Völkern wie eine schleichende Krankheit. Ein durch Gewalt statt durch Vernunft diktiert Frieden macht jede Genesung unmöglich; zerrüttet das Wirtschaftsleben bei Siegern und Besiegten, schafft ständig neue Konflikte und Beunruhigungen.

Durch die imperialistische Ausbeutungspolitik sind die Völker an den Rand des Abgrundes gebracht. Ganz besonders schwer leidet die arbeitende Bevölkerung der Freien Stadt Danzig unter den Auswirkungen des Versailles Diktats. Die unnatürliche wirtschaftliche Bindung mit Polen, verschärft durch die veraltete Zollgesetzgebung Polens, bedrückt die Lebenshaltung der Bevölkerung aufs schwerste. Durch die rückwärtslose Interessenpolitik des rein bürgerlichen Senats, der sich zum ausführenden Organ kapitalistischer Eliten hergibt, wird die Not des Volkes bis zur Unerträglichkeit gesteigert.

Während auf der eine Seite die breiten Massen alle Lasten zu tragen haben, werden die besitzenden Kreise nicht nur geschont, sondern ihnen wird auch volle Freiheit zur schrankenlosen Bereicherung und Ausbeutung gegeben.

Am 1. Mai demonstriert das Proletariat der ganzen Welt für seine Forderungen. Auch die Danziger werktätige Bevölkerung muß in gewaltiger Heerschaar seinen unerschütterlichen Willen kundtun.

Darum rufen wir euch zur Demonstration auf:
Gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem!
Gegen die Verkümmernng der Volksrechte!

Gegen den schamlosen Duherr!
Für Völkerverböhnung!
Für Freiheit und Sozialismus!

Der Landesvorstand der S. P. D.

verialismus betonte Poincaré, es gäbe keinen einzigen französischen Politiker, der jemals von Annexionen geträumt habe. Alles, was Frankreich jetzt verlange, sei die Ausführung des Friedensvertrages, die nur durch eine beharrliche und methodische Aktion zu erlangen sei, aber schließlich müsse Frankreich doch das Erreichen. Um Industrie, Handel und Wirtschaft zu heben, will Frankreich die militärischen Lasten möglichst verringern. Aber wer werde nicht selbst nach dem Abschluß des Vertrages von Rapallo die Unklugheit einer raschen Abrüstung empfinden. Nach dem Abschluß des Vertrages von Rapallo würden nun viele erkennen, daß das Kabinett recht gehabt habe, für den Augenblick an der 18 monatigen Dienstzeit festzuhalten. Poincaré kam dann auf die deutschen Polizeikräfte zu sprechen, die bereit seien, sich vom

Abend zum Morgen in militärische Cabres umzubilden, und auf die oberösterreichischen Waffendepots. Die durch die Nachprüfung in Oberschlesien hervorgerufenen Attentate seien augenblicklich Gegenstand gerichtlicher Untersuchung und erforderlichen strengen Sanktionen.

Poincaré sprach dann von dem herannahenden Verfalltage der Reparationen. Wenn Deutschland dem Programm der Reparationen widerstehe, hätten die Alliierten das Recht und infolgedessen auch die Pflicht, zum Schutze ihrer Interessen Maßnahmen zu ergreifen, von denen es unzweifelhaft wünschenswert wäre, wenn sie nach gemeinsamen Abkommen angenommen und angewandt würden. Zuvornfalls könnten sie nach dem Wortlaut des Vertrages auch von jeder der interessierten Mächte allein ergriffen werden. Diese dürfte Deutschland nach dem Vertrage von Versailles nicht als ein Akt der Feindseligkeiten ansehen. Frankreich wünscht, die Zusammenarbeit aller Alliierten aufrechtzuerhalten, aber es werde in voller Unabhängigkeit die Sache Frankreichs verteidigen und auch nicht in einem Augenblick die Sache fallen lassen, die ihm der Vertrag in die Hand gegeben habe. Poincaré kam dann auf den Vertrag von Rapallo zu sprechen und warf die Frage der Geheimklauseln auf. Die öffentliche Meinung Frankreichs habe begriffen, daß das Hinnehmen dieses Vertrages, besonders unter den Bedingungen, unter denen er erfolgt sei, sofort die Sprengung der Konferenz von Genua nach sich ziehen müßte. Wie immer auch die Haltung Deutschlands und Rußlands sei, so sei nunmehr eine politische Situation geschaffen, die das europäische Gleichgewicht zu kompromittieren und vielleicht umzustürzen geeignet sei und der man nicht mit wirtschaftlichen und finanziellen Formeln, selbst nicht durch große internationale Verhandlungen begegnen könne. Weder Bankkonforten noch so gelehrte Verhandlungen über die Wechselkurse und die Transportfrage könnten den Weltfrieden auf dauerhafter Grundlage aufrechterhalten. Eine der treibendsten Kräfte sei bei einem großen Teile der deutschen Bevölkerung die Revanchehoffnung, bei den Bolschewisten sei der leitende Gedanke, den Völkern ein neues Evangelium zu bringen. Diesem Zustand, der durch das Abkommen von Rapallo gleichfalls beleuchtet werde, könne man nur durch Anwendung der moralischen Kräfte begegnen.

Frankreich werde in Genua unter der Bedingung bleiben, daß keinerlei Konzessionen weder an Deutschland noch an Sowjetrußland gemacht würden. Frankreich werde sich sehr genau an den Inhalt seines Memorandums halten, was auch immer sich auf der Konferenz ereignen möge, und werde ohne Verzug mit den Alliierten die durch den deutsch-russischen Zwischenfall geschaffene Latsache prüfen und daraus alle Konsequenzen nach dem Friedensvertrage und für die Respektierung der europäischen Zukunft und die Erhaltung des Friedens ziehen. Poincaré erklärte ferner, Frankreich, das die Gefahren von morgen klar erkenne, werde versuchen, seine Alliierten zu überzeugen, daß die beste Art, die Gefahren zu bestehen, die sei, Vertrauen in Frankreich zu haben und niemals durch Schwäche auf einen Einschüchterungsversuch zu antworten. Frankreich sei auf alle Fälle entschlossen, das festzuhalten, was ihm ein Vertrag in die Hand gegeben habe, den Frankreichs Soldaten mit ihrem Blute bezahlt hätten.

Die englische Presse gegen Poincaré.

Poincarés Sekrede wird von der englischen Presse fast ausnahmslos abgelehnt. „Daily Herald“ überschreibt seinen Leitartikel „Die Rede Kaiser Poincarés“ und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seine Stellvertreter aus Genua zurückziehen wolle, so sollen sie um Himmels Willen gehen. Sie seien dort nur eine Plage. Poincaré sei eine Gefahr, weil er ernst genommen werde. Sobald sein Bluff enthüllt sei, werde er aufhören, Europa zu verpesten. „Daily News“ schreibt, Poincaré rede wild von der Entschlossenheit, Maßnahmen, wenn nötig, allein zu treffen, um Deutschlands Rassen zu leeren. Das bedeutet, daß er wisse, Groß-Britannien werde ins Ruhrgebiet nicht einmarschieren. Es bedeutet aber auch die moralische Ignorierung Frankreichs, die für alle offenkundig sei. Durch die Demoralisierung der Verhandlungen in Genua hätten die französischen Staatsmänner dem Ansehen, dem Ruhm und den Ausichten Frankreichs selbst ernstlich Schaden zugefügt.

Ein gewerkschaftlicher Kiefenkampf in Amerika.

Ueber den amerikanischen Bergarbeiterstreik sind bisher im allgemeinen nur kurze Meldungen in die deutsche Presse gelangt, wenig mehr, als daß am 1. April 600 000 Bergarbeiter in einen Streik getreten seien. Jetzt lesen wir darüber in der „Frankf. Zig.“ längere, zum Teil kritische Ausführungen, aus denen wir die sachlichen Angaben entnehmen. Es heißt darüber:

Es haben sich allerdings nicht alle Bergarbeiter dem Streik angeschlossen, sondern nur die als United Mine Workers of America (Vereinigte Bergarbeiter Amerikas) organisierten Arbeiter, aber gegenüber den nichtorganisierten stellen die 600 000 Streikenden immerhin die erdrückende Mehrheit dar. Zum anderen ist zu beachten, daß der Bergarbeiterverband, wie aus dem Namen ersichtlich ist, sich über ganz Amerika erstreckt. Darum machen auch die benachbarten Kohlenbezirke Kanadas, Alberias und Britisch-Kolumbiens, den Streik mit.

Die Ursache des Streiks ist wie letztes Jahr in England und vor kurzem in Südafrika die Frage der Verabsicherung der Löhne. Da der Preisabbau fortschreitet, glauben die Grubenbesitzer die Rentabilität der Gruben bei den gegenwärtigen Löhnen nicht mehr garantieren zu können. Sie bedienen sich, um ihre Forderung vollständig zu machen, gern des Arguments, daß die immer noch recht hohen Preise der Lebenshaltung (verglichen mit der Vorkriegszeit) von den hohen Kohlenpreisen herrührten, die sie wegen der hohen Löhne fordern müßten. Die Arbeiter dagegen sagen, an eine Verabsicherung der Löhne sei nicht zu denken, da die gegenwärtigen, im Durchschnitt etwa 1000 Dollar jährlich betragenden Löhne noch nicht einmal die Hälfte des von der Statistik errechneten Existenzminimums erreichen. Sie machen ihrerseits geltend, daß die hohen Kohlenpreise und damit die Preise überhaupt auf die zu großen Gewinne zurückzuführen seien, die den Grubenbesitzern zufließen.

Die Bergarbeiter stellen daneben aber auch eine Forderung, die mit dem Lohnkampf zwar eng verknüpft ist, aber in der Polemik einen politischen Beigeschmack erhalten hat: die Bergarbeiter verlangen den Sechsstundentag und die Fünftage-Woche. In der amerikanischen Presse wird der Sinn dieser Forderung zum Teil nicht richtig dargestellt. Was die Arbeiter wollen, ist kein Maximum der Arbeitszeit, sondern gerade umgekehrt eine Mindestarbeitszeit. Man hat berechnet, daß im Jahresdurchschnitt 215 Arbeitstage auf den einzelnen Bergarbeiter kommen. Durch die Garantierung der Dreißigstunden-Woche würden sich also 200 Arbeitstage ergeben. Mit der Arbeitsleistung hat diese Forderung zunächst nichts zu tun. Die Arbeiterkraft will nichts anderes als die Legalisierung des Rechts auf Arbeit. Die schöne Beschränkung des einzelnen zugunsten der Gesamtheit verrät viel sozialen Sinn, denn es ist klar, daß auf diesem Wege versucht werden soll, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Es verdient Beachtung, daß dieser Gedanke schon vor drei Jahren aus der Arbeiterschaft heraus propagiert wurde. Die Arbeiter glauben, daß eine solche Regelung auch der Allgemeinheit zugute kommen würde, da sie sich davon eine Steigerung der Produktion und damit — billigere Preise versprechen. Damit parieren sie die Behauptung der Unternehmer, daß die hohen Löhne die hohen Preise verursachen. Sie behaupten, die Unternehmer wollten gar keine Steigerung der Produktion, da sie sich überhaupt nicht auf eine Ermäßigung der Kohlenpreise einlassen wollten. Im Hintergrund des Streiks steht natürlich, wenn diese Frage auch im Augenblick aus guten Gründen nicht angeschnitten wird, die Forderung auf Nationalisierung der Kohlengruben, von der Lewis, der Führer

der Bergarbeiter, die Verlegung aller Streitigkeiten erwirkt. Dabei ist wohl zu beachten, daß man die Gruben nicht in Staatsbesitzum überführen will, sondern in Staatsverwaltung, was ein erheblicher Unterschied ist.

Wie lange der Streik, der größte, den Amerika seit langer Zeit gesehen, dauern wird, läßt sich natürlich nicht sagen. Die amerikanische Regierung steht der Auseinandersetzung abwartend gegenüber, doch ist es immerhin erwähnenswert, daß der Sekretär der Arbeit, Davis, der sich sehr um einen Ausgleich bemüht hat, den Grubenbesitzern allein die Schuld am Ausbruch des Streiks zumißt. In der Tat, der Streik ist zum Ausbruch gekommen, weil die Grubenbesitzer nicht an den Verhandlungstisch zu bringen waren, und dies, obwohl die Arbeiter wiederholt ihre Bereitschaft auszusprechen. Die Grubenbesitzer wollten den Streik, da sie sich davon Vorteile versprechen. Die Bergarbeiter haben auch nach dem Ausbruch des Streiks ihre Verhandlungswilligkeit betont. Die Frage ist jetzt, ob und wann die Grubenbesitzer ein gleiches tun.

Das Reformprogramm der Sowjetregierung vor dem Allrussischen Zentralerekutivkomitee.

Am 6. Mai tritt das Plenum des Allrussischen Zentralerekutivkomitees zusammen, um eine Reihe von Rat der Volkskommissare bereits gebilligter Gesetzesentwürfe zu beschließen, darunter ein Dekret über die neuen Grundlagen des Eigentumsrechts, ein neues Strafgesetzbuch und eine neue Strafprozessordnung, ferner Gesetze über den Anwaltsstand und die Staatsanwaltschaft, die Regelung der Landnutzung, verschiedene neue Steuererlasse und einen Plan der verwaltungsrechtlichen Neuorganisation Russlands in Wirtschaftsbereiche. Außerdem soll ein Gesetzentwurf des Kriegskommisariats über die Verabsicherung des Bekandes der Roten Armee, im Falle eines glücklichen Ausgangs der Genauer Konferenz, dem Plenum des Allrussischen Zentralerekutivkomitees vorgelegt werden. Allen diesen Entwürfen, wie der ganzen bevorstehenden Tagung des Allrussischen Zentralerekutivkomitees wird in Moskauer Regierungskreisen eine außerordentliche Bedeutung beigelegt, sowohl für die inneren Verhältnisse Sowjetrusslands, wie für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande.

Schichtkerin im Frack.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus Genua berichten: „Nachdem die deutsche Delegation von der Note der Entente Kenntnis erhalten hatte, fand das große offizielle Festmahl statt, das für denselben Abend angesetzt war und trotz der politischen Spannung nicht mehr abgesagt werden konnte. Es waren die Führer aller Delegationen erschienen. Auch die Russen waren gekommen, und zwar in tadellosem Frack mit ihren roten Sowjet-Büchsen im Knopfloch. Außer den Delegierten nahmen auch andere offizielle Persönlichkeiten von Genua teil. Am Anfang verließ das Diner mehr als hundert. Die Deutschen fanden sich einen Augenblick lang höchst kostert, dann hatten Rathenau und Bismont Venosta ein Gespräch, das lange dauerte und viel bemerkt wurde. Die Russen waren sehr aufmerksam. Die Gäste aus dem Lager der Entente verkehrten mit ihnen viel weniger reserviert.“

Dazu lesen wir in der deutschen Parteipresse: „Wenn man die Methode der Kommunisten anwenden wollte, dann müßte man den deutschen Arbeitern sagen: Seht, welche „Verräter“, sitzen in Gala mit den Kapitalisten am Tisch, während die Arbeiter in Russland eingesperrt sind und die Kinder verhungern! Aber diese Demagogik wollen wir den kommunistischen Organen überlassen, denn es ist nur eine Selbstverhöhnung, daß Arbeitervertreter, wenn sie in der Regierung sitzen und Staatsgeschäfte mit den Vertretern anderer Staaten führen, auch die entsprechenden Formen wahren; und nachdem die Bolschewisten mit ihrer Theorie der Ablage an den Kapitalismus gescheitert sind, müssen sie sich eben mit seinen Vertretern an einen Tisch setzen. Wie heuchlerisch ist aber das Geschimpfe der Kommunisten auf die Arbeiter in den deutschen Regierungen, wie heuchlerisch das Geschrei gegen die „Räuber“konferenz, wie heuchlerisch das Verschweigen der wirklichen Lage Sowjetrusslands!“

Calonder wird Präsident der gemischten Oberschlesienkommission.

Der Völkerbund wird in seiner nächsten ordentlichen Tagung, die im Laufe der 2. Maiwoche in Genf be- ginnen soll, die von ihm zu vollziehende Ernennung des Präsidenten der gemischten Kommission vornehmen. In Kreisen, die dem Völkerbund nahe stehen, er- hält sich die Ansicht, daß der Präsident der deutsch-pol- nischen Verhandlungen, der frühere Bundesrat Calonder, vom Völkerbund zum Präsidenten der ge- mischten Kommission für Oberschlesien ernannt werden dürfte.

Otto Suess Bestattung.

Unter ungeheurer Beteiligung der Essener Arbeiter- und Bürgerschaft fand Sonntag die Beisetzung Otto Suess statt. Im großen Saal des städtischen Saalbauers war der Leichnam aufgebahrt. Knappen in Bergmannstracht hielten die Ehrenwache bei ihrem Toten. Das große Konzertpodium konnte kaum die ungeheure Menge der Kränze fassen, die als Zeichen der Verehrung und Dankbarkeit aus allen Teilen des Reiches und aus dem Auslande eingetroffen waren. In Anwesenheit von Tausenden fand die Trauerfeier statt, an der u. a. teilnahmen: für die Reichs- regierung Staatssekretär Grzesinski, für die preußi- sche Regierung Wohlfahrtsminister Hirtfelder, für den Parteivorstand Genosse Adolf Braun, für den Reichstag und die Reichstagsfraktion Genosse Lobe und für die Landtagsfraktion Genosse Limberg. Der Essener Oberbürgermeister und die Regierungs- präsidenten von Düsseldorf und Arnberg waren ebenfalls erschienen. Außerdem nahmen zahlreiche ausländische Deputationen an der Totenfeier teil.

Nach einem Orgelspiel und einem Liedervortrag des Volkshors hielt Genosse Husemann, der Vor- sitzende des Bergarbeiterverbandes, seinem toten Kameraden eine tief empfundene Gedächtnisrede. Er schilderte das Wirken Suess als Mensch und Kämpfer, seine Verdienste um die Arbeiterchaft, besonders um die Bergarbeiter und das ganze deutsche Volk. Die Anwesenden forderte er auf, sich nicht von der Trauer niederbrücken zu lassen, sondern im Sinne Suess weiterarbeiten für die Arbeiterklasse. Das sei der beste Dank und die schönste Ehrung Otto Suess, der uns allen allzufrüh entziffen wurde. Wieder setzte Orgel- spiel ein, und nachdem die Klänge des Liebes „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“ verklungen waren, setzte sich der unübersehbare Trauerzug nach dem Südwesfriedhofe in Bewegung, wo Suess seine letzte Ruhestätte fand. Wohl 50 000 Menschen begleiteten ihn auf seiner letzten Fahrt; 1 1/2 Stunden dauerte der Vorbeimarsch des Trauerzuges.

Am Grabe sprach unter anderem noch für die Berg- arbeiter der Tschechoslowakei Abg. Pohl- fallenau. Er wies insbesondere darauf hin, welchen Dank die Bergarbeiter des alten Oesterreich Suess schulden, der ihnen seit Jahrzehnten beim Aufbau ihrer Organisation behilflich war.

Holzarbeiterausperrung in Hamburg.

Hamburg, 24. April. Der Arbeitgeberschutzverband der Holzindustrie in Hamburg und den Nachbarstädten beschloß einstimmig, von Mittwoch ab sämtliche Holz- arbeiter auszusperrn, da der Holzarbeiterverband den Streik angeordnet habe, ohne alle Verhandlungs- und Einigungsmöglichkeiten erschöpft zu haben.

Der 1. Mai Staatsfeiertag — in Italien.

Wie der „Corriere della Sera“ meldet, hat der Minister- rat beschlossen, den 1. Mai zum Staatsfeiertag zu erklären. Das Blatt wendet sich dagegen, da hierdurch die Revolution bürokratisiert werde und die Regierung, um sich aus einer Schwere herauszuhelfen, einen wenig würdigen Schritt tue.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman
von Paul Enderling.
(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachf. Stuttgart.)

„Du verleugnest die Tradition. Ein Beamter ist immer im Dienst.“
Oberlehrer Sanders schnarrte im Papageienton: „Schälskopf.“
Der Tanz begann. Es schwirrte, lachte, wogte und sügte sich zum Reigen.
Die meisten tanzten gut. Am lebhaftesten die alten Herren. Henning führte Thea nach zwei Runden auf ihren Platz. „Ich muß mit meinem Herzen vorsichtig sein.“
„Du bist eben zu dick“, sagte sie ruhig.
Er zwakte zusammen, schwieb ab.
Thea ging an den Säulen des Saals entlang in einen der halbdunklen Nebenräume. Sie hatte Lothar Franzius dahineingehen sehen.
„Nun, wie fühlst du dich als Braut?“ fragte er leichthin.
„Gerade du solltest die dumme Frage nicht wiederholen.“
„Ich nicht?“ Er zwippte an der weißen Binde und ging einen Schritt zurück.
„Ja. Gerade du nicht.“ Sie folgte ihm.
Die dumme, daß man nicht Nicht machen kann, dachte er.
„Ich suche dich, Lothar. Ich suche dich die ganze Zeit. Hast du denn alles vergessen, Lothar?“
Beide dahinten eines Sommermitttags auf dem Waldweg bei Joppot. Lothar war damals zum erstenmal hier.
Sie waren von der Gesellschaft abgekommen, die nach Adlershorst zogen. Durch das Blätterdach tropfte Sonnenlicht. Verwunderliche, phantastische Zeichnungen lagen auf dem Weg; bizarr gewundene Arabesken, schwarz und gold, wie auf alten Messingwänden. Sie gingen mit unsicheren Schritten. Denn beide spürten die Sommerhitze im Blut. Als sie auf dem Weg ausglitt, fing er sie auf. Sie hatte sich

dicht an ihn gedrückt, und nun . . . nun spürte sie seine Kniee auf ihrem Haar.
Durch einen Ausschnitt des Laubwaldes flimmerte die See mit klarem, schwerflingenscharem Licht herüber. Der Wald stand wie gebückt unter der Fülle des Sommerregens. Ein Schmetterling schwebte fast ohne Flügelschlag vorüber.
Alles hatte nur eine Minute gedauert, denn die Stimmen der anderen waren hörbar geworden, und sie waren auseinandergefahren. Aber Thea hatte diese Minute nicht vergessen. . . Sie würde sie nie vergessen. . . Das wußte sie jetzt.
„Ja, Thea“, sagte er fest. „Ich habe alles vergessen. Und ich glaube, auch du mußt es.“
„Ich mußt? Ich mußt? Aber warum denn?“
„Du bist die Braut eines anderen geworden“, sagte er ruhig.
„Es kann noch alles gut werden, Lothar.“ Sie rang die Hände, und er spürte es ihrer Stimme an, daß sie zu weinen begann.
Er gab sich einen Ruck. „Ich bin nicht derjenige, der einem anderen die Braut wegnimmt. Noch dazu einem Henning.“
„Auch nicht, wenn ich dir sage, daß ich ihn nicht liebe —?“
„Du mußt es doch einmal getan haben, Thea, zum mindesten in dem Augenblick, als du Ja sagtest.“
Sie schrie auf. „Da am wenigsten!“
„Dann war es nicht recht von dir, daß du ihm Ja sagtest.“ Sie faßte seine Hand. Er konnte nicht weiter zurück. Hinter sich fühlte er ein Fensterbord.
„Duale mich doch nicht, Lothar.“ Er spürte den Hauch ihres Mundes an seinem Gesicht. „Damals — damals war es das einzigmal in meinem Leben, daß ich liebte. Ich habe viele Dummheiten gemacht, ja, Lothar. Aber ich bin nicht schlecht.“
„Das weiß ich, Thea.“
„Nicht wahr? Und nun mußt ich ja auch dafür büßen.“
Er schob sie fort von sich fort. „Was willst du nun, daß ich tun soll?“
„Ich weiß nicht, Lothar. Wenn du es nicht weißt — wenn du es nicht wissen willst —“

Sie tat ihm leid. Er kannte sie gut. Er wußte von ihren vielen, vielen Liebesleiden. Er wußte, daß sie haltlos war wie ein Vogel, der noch nicht flügge. „Es wird ja alles gut werden, Thea.“
„Ohne dich?“
„Ich glaube, es kommt jemand“, flüsterte er.
Die Tür zum Gang klappte.
Thea lief von ihm weg in den Saal hinein. Nach einer Weile folgte ihr Lothar langsam.
Draußen begegnete ihm Oberlehrer Sanders. „Ich glaube, Lothar, es ist Zeit, daß du gehst.“
„Warum?“
Der Oberlehrer sah ihn groß an. „Das weißt du nicht?“
Lothar erblachte: der Oberlehrer hatte also alles mit- angehört. Aber er zwang sich zu einem Lachen. „Mittem im Tanz kann ich doch nicht schamlosflüchtig werden.“
Aber der Oberlehrer ließ ihn nicht. „Mit allen darfst du tanzen. Nur mit einer nicht.“
„Ich weiß. Sei ohne Sorgen!“
Die beiden gaben sich die Hand und sahen sich ernst an.
„Wann reißt du, Lothar?“
„Morgen mittag.“
„Ich wünsche dir soviel Gutes, wie du verdienst. Steh zu, daß es viel sein kann!“ —
Hermann Görke stand auf einem Balkon nach dem Platz zu und sah hinaus. Ein Duft von Goldlack und Nelken schwebte herüber. Er lehnte sich weit hinaus. Als sich seine Augen an die Dunkelheit gewöhnt hatten, erkannte er die Silhouetten der Türme da hinten: den Stockturm, das Rathaus, die Martenkirche, die vier Giebel des alten Zeug- hauses.
Da hob es an zu klingen. Zuerst das Miodenspiel vom Natsturm. Es spielte: „Wer nur den lieben Gott läßt walten . . .“
Wir haben nicht mehr die Natvität zu diesen Dingen, dachte Hermann; aber man muß zugeben, daß es was Schönes ist.
„. . . und hoffet auf ihn alle Zeit . . .“
(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Die ersten Schultage.

Nun haben die Kleinen ABC-Schützen ihre ersten Schultage hinter sich. Etwas bekrümelte oder verschüttete wird so mancher kleine Bürsche und manches Mädchen den ersten Schultagen unternehmen und das große erste Schulgebäude betreten haben. Der Übergang von der ungebundenen Freiheit zur Ordnung in der Schule mag vielen der Kleinen Herrschaften nicht leicht fallen. Beim Spiel auf der Straße, wenn das Wetter trübe und kalt war, behagte es den Kleinen Baden und Wädeln zehnmal besser. Schon die Vorbereitungen für die Schule stimmten bedenklich. Den Schülern begrüßte man ohne Begeisterung, ein wenig bekümmert wurde es um das kleine Heldenherz. Denn was da alles mit dem Schülerrang und dem sonstigen Schulhandwerkzeug verbunden ist an „Pflichten und Aufgaben“, das muß ja einigermaßen besorgt machen. . .

„Jetzt wird's ernst“, sagte Vater oder Mutter, „das Spiel hat ein Ende!“ Eine Drohung gewissermaßen. „Geht nur erst zur Schule, der Lehrer wird euch schon!“ So stellten unvernünftige Eltern — sie wußten es vielleicht nicht anders — ihren Kindern den Lehrer beinahe als den schwarzen Mann vor, als die tiefste heidende Person, die strenge ist und züchtig, wenn das Kind noch weiter spielen und nicht lernen will. Statt Freude zog Verzweiflung in das junge Herz ein, wenn es an die Schule dachte. Und doch sollte eigentlich der erste Schultag dem Kinde ein Freudentag sein, ein Freudentag, dessen es in Liebe gedenkt, da es erkennen soll, daß nun die frohliche Zeit der Schule beginnt.

Fröhlichkeit! Das Kind empfindet sie gerade beim Spiel. Sollen wir ihm diese Fröhlichkeit rauben? Der rechte Schulkamm wird immer danach trachten, diese Fröhlichkeit, diese naive hellere Freude dem Kinde zu erhalten. Er kennt die Quelle des Frohsinns: das Spiel. Die wird er nicht versiegen lassen, sondern stets dafür sorgen, daß sie munter weiter fließt. Entspringen doch selbst für ihn aus diesem Quell die rechten Freuden, wenn er es versteht, mit dem Kinde zu spielen und fröhlich zu sein. Im Spiel mit dem Kinde wird er selbst kindlich fühlen und es halb verstehen, spielend den Sinn des Kindes auf das Ernste zu lenken, worauf es ankommt. Das Einpausen wird ihm selbst zum Gedeih, erst recht dann, wenn er vor Mißerfolgen steht. Das Kind will sich spielend austummeln. Wir sehen das tagtäglich in der Familie. Zu Hause lernt das Kind so ungeheuer viel. Das bunte Leben im Familienkreise, in dem Vater oder Mutter Sinn für vernünftige Unterweisung der Kinder, und Zeit und Mühe dafür haben, auch Spaziergänge und sinnvoll geleitete Spiele bieten Gelegenheit dazu. Gerade im ersten Schuljahre, dem sechsten Lebensjahre des Kindes, ist das Spiel allein seine geistliche Schule. So ist der neue Zug in der Erziehungslehre, die Arbeit der sogenannten Schulreformer mit aller Kraft darauf gerichtet, den gehirnen Herrn Lehrer herunterzuholen von dem übermächtig imponierenden Katheder in die schlichte Welt des Kindergemüts. Er soll nicht Professor sein, er soll nicht Unteroffizier sein, er soll nicht Dressieren sein; er soll der große Diktator der Kleinen sein, er soll in sich selber zum rechten Kind werden — nur so wird er das Herz der Kinder gewinnen. Und er wird vor allem im Prinzip ein Feind der schrecklichen übermächtigen häuslichen Schulaufgaben sein, diesem Todeskeim für so manches zarte Kinderpflänzchen!

Ein hartes Urteil.

Eine folgenschwere Anzeig bei der Polizei.

Der Handlungsgehilfe D. K. in Danzig hatte sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu verantworten. Einige Polizeibeamte nahmen nachts eine Revision der Schanklokale auf Invektive der Polizeistunde vor. Der Angeklagte, der ein wenig ange-trunken war und nach Hause ging, blieb stehen, um den Polizeibeamten zuzusehen. Ein Polizeibeamter forderte ihn auf, weiter zu gehen. Dieser Aufforderung kam der Angeklagte nicht nach. Nun verließ der Polizeibeamte dem Angeklagten Stöße und stieß ihn fort. Der Angeklagte ging darauf zur Polizeiwache und machte hier von dem Vorfall Anzeige und verlangte zu Protokoll vernommen zu werden. Er erklärte, der Polizeibeamte hätte ihn geschlagen und sei „besoffen“ gewesen. Der Angeklagte wurde fortgeschickt, da er etwas ange-trunken und somit nicht gut vernehmungsfähig war. Ihm wurde aufgegeben, am nächsten Tage wieder zu kommen, um dann seine Anzeige zu machen. Er kam aber nicht mehr zur Polizei, wollte sich also mit der Sache beruhigen. Es wurde nur ein Vermerk ins Wachtbuch gemacht. Darauf hin fragt der Oberwachmeister den Polizeibeamten, ob die Sache wahr ist. Dieser sagte, er wäre nicht betrunken gewesen und hätte den Angeklagten auch nicht geschlagen, sondern nur gestochen. Darauf wurde Anzeige gemacht, daß der Angeklagte eine wissentlich falsche Anschuldigung gegen den Polizeibeamten erhoben habe. Nach dem § 184 St.G.B. beträgt die Mindeststrafe 1 Monat Gefängnis, auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Das Gericht war der Ansicht, daß hier eine Anzeige und eine falsche Anschuldigung wider besseres Wissen vorliegt und erkannte auf 3 Monate Gefängnis und Veröffentlichung.

Dies Urteil ist nicht recht verständlich und dürfte von der Berufungsstrafkammer wohl kaum aufrecht erhalten werden. Es erscheint doch ganz ausgeschlossen, daß der ange-trunkene Handlungsgehilfe die Anzeige gemacht und dabei klar gewußt hat, daß das erfunden ist, was er anzeigte. Es ist doch selbstverständlich, daß er selber glaubte, was er meldete. Wer die Worte nicht sprachwissenschaftlich wägt, der nennt das Stößen eben Schlägen. Und auf die Trunkenheit mag er geschlossen haben, weil er selber ange-trunken war und weil das Verhalten des Polizeibeamten auch kaum richtig gewesen ist. Mit welchem Recht forderte er den Angeklagten auf, weiter zu gehen? Hat letzterer denn den Verlehr gesperrt? Es ist doch offenbar, daß der Ange-

klagte in gutem Glauben handelte. Nur eine einfache Verleumdung könnte als vorliegend erachtet werden. Wenn ein Bürger, der sich über einen Polizeibeamten beschwert hat wegen wissentlich falscher Anschuldigung, verantwortlich und womöglich die bürgerlichen Ehrenrechte verlieren soll, dann wird es hohe Zeit, daß sich ein Verein zum Schutze der Bürger vor ungerechtfertigten Verfolgungen bildet. Die Klagen über Uebergriffe einzelner Polizeibeamten mehren sich. Das wäre kaum erträglich, daß die Bürger für die Polizei übermäßig hohe Kosten zahlen und dann noch Uebergriffen ausgesetzt sein sollen, von denen dieser noch der allgeringste wäre.

Der Volkstag

tritt morgen, Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach den Osterferien zusammen. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes zur Abänderung der Rechtsanwaltsordnung. 2. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes zur vorläufigen Regelung des Dienstverhältnisses der Justizsekretäre und Registratoren. 3. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes betr. Errichtung einer Landwirtschaftskammer. (Vorberatung.) 4. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes betr. Abänderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. 5. Bericht des Verkehrsausschusses zum Antrag auf Verbesserung der Bahnverbindung zwischen Danzig und dem Großen Werder. 6. Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten zum Antrag betr. einheitliche Regelung des Beurlaubens. 7. Bericht des Rechtsausschusses zum Antrag des Abg. Knochowski und Genossen auf Abänderung der Verordnung vom 24. September 1921 betr. Kaufmanns- und Gewerbegebiete.

Die Mißstände beim verbilligten Kartoffelverkauf

Man schreibt uns: Von den Kartoffeln, die der Senat jetzt zum Preise von 150 Mark für den Zentner veräußert und jetzt für 180 Mark weiter abgibt, erhielt der Kartoffelhändler Brestanski in Kanakuh einen Wagon zum Weiterverkauf. Er hatte den Auftrag, die Kartoffeln gleichfalls für 150 Mark zu verkaufen. Er verkaufte aber nur einen Teil, und zwar in ganz kleinen Mengen bis zu 5 Pf. herunter. Dann hörte er auf und erklärte, daß die billigen Kartoffeln verkauft seien. Die Käufer machten ihn darauf aufmerksam, daß dies nicht stimmen könne und holten die Polizei herbei. Es fanden sich noch größere Mengen Kartoffeln vor. Brestanski gab an, diese Kartoffeln für seine Kundschaft zurückgestellt zu haben, der er auch dann die verbilligten Kartoffeln verkaufte.

Den bei diesen Kartoffelverkäufen autage getretenen Mißständen und Händlerpraktiken muß unbedingt vorgebeugt werden. Dazu ist es notwendig, daß der Verkauf nur an Minderbemittelte gegen Ausweis (am besten Steuerzettel) erfolgt. Händler sollten vollkommen ausgeschlossen werden, da dann jede Kontrolle über den Verbleib der Kartoffeln aufhört. Auch müssen unbedingt weitere Verkaufsstellen eingerichtet werden.

Der Warenbezug aus dem Reiche.

Während bis zum 1. April Waren aus dem Deutschen Reiche zu Inlandspreisen und ohne Ausfuhrabgabe im Rahmen des Danziger Bedarfs bezogen werden konnten, werden nach diesem Termin nur bestimmte Waren in begrenzten Mengen zur Ausfuhr deutscherseits freigegeben. Die Handelskammer gibt für diese Waren Kontingentscheine heraus (Kontingentscheine zum Erhalt der deutschen Ausfuhrbewilligung). Es wird darauf hingewiesen, daß der Bezug von Waren aus dem Deutschen Reiche im allgemeinen nur auf Grund dieser Kontingentscheine möglich ist.

Diese Waren werden teils zu deutschen Inlandspreisen geliefert, teils zu einem Preise, der zwischen Inlands- und deutschem Ausfuhrmindestpreis liegt. Die staatliche Ausfuhrabgabe wird deutscherseits in jedem Falle erhoben.

Es wird darauf hingewiesen, daß die von der Handelskammer herausgegebenen Kontingentscheine lediglich zum Erhalt der deutschen Ausfuhrbewilligung dienen und daß mit dieser Bewilligung keine Zollermäßigung verbunden ist. Zollermäßigungen werden nur gewährt für Waren, die im Zufuhrvertrage vom 21. Dezember 1921 aufgeführt sind. Die Kontingentscheine zur Zollermäßigung werden von der Außenhandelsstelle der Freien Stadt Danzig, Hundegasse 10, auszugeben und dienen nur als Legitimation gegenüber der Danziger Zollbehörde.

Um spekulieren zu können, nahm ein Bankbeamter Hellmuth R. in Zoppot falsche Buchungen vor. Er hatte sich wegen Betruges vor dem gemeinsamen Schöffengericht zu verantworten. Auf seiner Bank hatte R. 50 000 Mark stehen, mit denen er Geldspekulationen machte. Um über eine größere Summe verfügen zu können, veranlaßte er einen anderen Beamten, eine falsche Buchung zu machen und von einem Guthaben, das die Bank sicher hatte, 30 000 Mark auf das Konto des Angeklagten zu übertragen, so daß auf diesem Konto nun 80 000 Mark standen. Der Reichsbank wurde nicht mitgeteilt, daß diese Umbuchung vorgenommen worden ist. Auch wurde Geld nicht abgehoben. Der Angeklagte hatte jetzt aber ein größeres Feld für seine Spekulationen. Der falsch buchende Bankbeamte ist bereits bestraft worden. Der Angeklagte wird beschuldigt, seine Bank um die Zinsen betrogen zu haben, die die 80 000 Mark auf der Bank hätten bringen müssen. Der Angeklagte wurde wegen Betruges zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Heimatbund veranstaltet am Freitag, den 28. April in der Oberrealschule einen Bildbühnen-vortrag des Herrn Prof. Dr. Terlecki. Zunächst wird das oberbayerische Hochgebirge in der stimmungsvollen Winterpracht gezeigt. Eine zweite Bilderreihe führt zur Sommerzeit in die berühmten Südtiroler Dolomiten mit ihren wildromantischen Fels-Szenarien. Näheres siehe Anzeige.

Die Renten der Kriegsbekämpften und Kriegserwitwen.

In welken Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß die Kriegsbekämpften sich gegenwärtig auf Grund der ihnen nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährten Bezüge erheblich besser stellen, als es während des Krieges der Fall gewesen ist. Dies trifft jedoch nicht zu. Würde man z. B. entsprechend der Einwertung der deutschen Mark einem Arm-amputierten nur die Rente gewähren wollen, die auf Grund des alten Mannschaftsversorgungsgesetzes einem Unteroffizier (Durchschnittsrente) zustand, so müßte ihm gegenwärtig eine Rente von monatlich 5215 Mark gewährt werden, denn für eine Goldmark müssen jetzt 70 Papiermark gerechnet werden, wie es aus der vom Statistischen Reichsamte erzielten Indexziffer sich ergibt. Die Durchschnittsrente eines Arm-amputierten ohne Kinder in der Drittklasse A beträgt gegenwärtig jedoch nur 330,45 Mark monatlich. Dabei ist eine Kürzung der Rente auf Grund des Arbeitseinkommens, die bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 7000 Mark einsetzt, noch nicht berücksichtigt. Vergleicht man die nach dem Reichsversorgungsgesetz gegenwärtig zustehende Rente der Kriegsbekämpften mit den Höchstätzen der Erwerbslosenunterstützung, so findet man, daß diese erheblich hinter der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt. Das Statistische Reichsamte legt bei der Berechnung seiner Indexziffer stets eine fünfköpfige Familie (Mann, Frau und 3 Kinder) zugrunde. Errechnet man nach diesen Prinzipien die Durchschnittsrente eines vollständig erwerbsunfähigen Kriegsbekämpften, dem eine Pflegezulage nicht gewährt wird, so ergibt sich, daß die tägliche Rente um mehr als 16 Mark hinter den in Betracht kommenden Höchstätzen der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt.

Nur diejenigen Kriegsbekämpften, die einer Arbeit überhaupt nicht mehr nachgehen können oder nur ein Einkommen von 1/4 der Erwerbslosenunterstützung haben, erhalten durch die Kriegsbekämpftenfürsorge gegenwärtig auf Grund eines Erlasses des Reichsarbeitsministeriums einen besonderen Fürsorgezuschuß. Mit diesem Fürsorgezuschuß wird gerade der Höchstfuß der Erwerbslosenunterstützung erreicht. Würde man entsprechend dem Antrag des Reichsbundes der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen die Renten um 100 Prozent erhöhen, so wäre damit der tägliche Höchstfuß der Erwerbslosenunterstützung um 13 Mark im Durchschnitt überschritten. Die Renten würden bei Verdoppelung immer noch um mehr als 15 Mark hinter den vom Statistischen Reichsamte für eine Normalfamilie errechneten täglichen Lebenshaltungskosten zurückbleiben. Damit wird von amtlicher Stelle selbst anerkannt, daß es kein unbilliges Verlangen ist, wenn angelehnt der ungeschworenen Teuerung die Verdoppelung der gegenwärtigen Gesamtbezüge für alle Kriegsbekämpften verlangt wird.

Die Versorgung der Kriegserwitwen richtet sich wie die der Kriegsbekämpften nach dem Reichsversorgungsgesetz. Es ist ein Unterschied gemacht zwischen erwerbsfähigen und erwerbsunfähigen Witwen. Die erwerbsfähige Witwe erhält 30 Proz. derjenigen Bezüge, die ihrem Ehemann im Falle vollständiger Erwerbsunfähigkeit als Kriegsbekämpfitem zugestanden hätten. Die Rente der erwerbsunfähigen Witwe beträgt 50 Proz. dieser Bezüge. Auf Grund des alten Militärhinterbliebenengesetzes erhielt eine Kriegserwitwe zu Anfang des Krieges ohne die später eingeführten Teuerungszuschläge monatlich 33,35 Mk. Vergleicht man diesen Rentenbetrag mit dem heutigen Geldwert, so müßte, wenn man der Witwe die gleichen Rentenbezüge in Goldmark zukommen lassen wollte, nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes der 7fache Betrag ausbezahlt werden. Das würde einen Monatsbetrag von 2310 Mark ausmachen, eine Summe, die zur Bestreitung des Lebensunterhaltes einer erwerbsunfähigen Witwe in teureren Gegenden als angemessen bezeichnet werden muß. Gegenwärtig erhalten auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes die erwerbsfähigen Kriegserwitwen jedoch nur im Durchschnitt in der Drittklasse A eine monatliche Rente von 188 Mk., in der Drittklasse B eine solche von 130,40 Mark. Die erwerbsunfähige Witwe erhält monatlich in der Drittklasse A 913,55 Mark, in der Drittklasse B 232,20 Mk. Die Witwen ungelerner Arbeiter erhalten noch durchschnittlich 30 bis 60 Mark monatlich weniger. Geht die Witwe keinem Erwerb nach, so erhält sie seit 1. März d. J. einen monatlichen Zuschuß von 160 Mk. Insgesamt steht also der erwerbsunfähigen Kriegserwitwe eines gelernten Arbeiters, Landwirts, Geschäftsmannes oder Beamten zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes monatlich nur ein Betrag von 473,55 Mk. in den teuersten Orten und in der Drittklasse C ein solcher von 392,20 Mark zur Verfügung. Daß mit solchen Beträgen der Lebensunterhalt nicht zu bestreiten ist, dürfte ohne weiteres klar sein. Deshalb muß die vom Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen aufgestellte Forderung nach Verdoppelung der gegenwärtigen Gesamtbezüge ohne weiteres als berechtigt anerkannt werden. Bei Verdoppelung der Bezüge würde z. B. eine erwerbsunfähige Witwe eines gelernten Arbeiters mit zwei Waisen unter Hinzurechnung der ebenfalls verdoppelten Witwenrente in der Drittklasse B eine tägliche Rente erhalten, die den Höchstfuß der Erwerbslosenunterstützung für alle drei Personen nur um 0,09 Mark überschreiten würde. In der Drittklasse C würde sich ein täglicher Mehrbetrag von 9,60 Mark ergeben.

Freigewerkschaftliche Vertrauensleute der Danziger Werft!

Morgen, Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Sevelinsplatz.

Wichtige Versammlung.

Tagesordnung: Die Antwort der Werftleitung auf unsere Forderung.

Volksfähiges Erscheinen erforderlich.

Wittenberg. Eine Sitzung des Kreisrates... am Montag, den 2. Mai, vormittags 11 Uhr... liegt eine Beschlussempfehlung mit 13 Punkten vor... wichtige Punkte sind: Wahl des Verbandspräsidenten... der Aufsicht auf die Ausführung der Beschlüsse... der Kreisrat... der Kreisrat... der Kreisrat...

Filmschau.

U. A. Schiffsleute. Das dieswöchentliche Programm bringt den zweiten Teil des Abenteuerfilms „Kinder der Finsternis“... Dieser Film spielt in Amerika und bringt interessante Aufnahmen aus einem Bergwerk... auch der Spieler der amerikanischen Dollarfilme ist treffend gezeichnet... von den Darstellern bewahrt hat Olaus Merendofers erneut seinen Ruf als einer der besten deutschen Kinoproduzenten... Ein Kinobrosam, „Freiwilliger des Glücks“ bewegt sich in ausgetretenen Bahnen... sehr anerkannt ist das Lustspiel „Freie Bahn dem Tüchtigen“, das den Aufstieg eines kleinstädtischen Professors durch einen ungewollten ehelichen Seitenprung zeigt.

Im Schauspielhaus Langenmarkt vollt ein zeitgemäßes Film „Das Geld auf der Straße“... Dieser Film, ein Auschnitt aus dem Spektakel unserer Tage, zeigt, wie arme Leute durch reiche Gewinnversprechungen verlockt, ihr Geld in einem sogenannten Börsenspieler verlieren... Der raffinierteste Volkswirtschaftler bringen sie sich freiwillig zum Opfer... Im Film geht es diesmal noch harmlos, wie in einem Courts-Mahler-Roman aus, denn der „gutmütige Schmeichele“ des Betrüglers erstattet das Geld zurück... Im Mittelpunkt der spannenden Handlung steht wie immer eine Liebesgeschichte... Ein gutes Lustspiel „Der Bieneusid“ ist Karte Heiterkeit an.

Das Zentraltheater wartet in dieser Woche noch einmal mit den rühmlichst bekannten Filmserien „In einem kühlen Grunde“, „Strandbühne“ und „Reinigungs“ auf... Die von alter deutscher Poesie durchwebten Bilder, unterstützt durch stimmungsvollen Gesang, sind von zauberlicher Wirkung, der sich die Zuschauer nicht entziehen können... Der Besuch dieser Filmvorführungen ist aus guter Ueberzeugung nur zu empfehlen... Als Beigabe läuft ein Filmdrama „Der Totenvogel“, mit fester nervenspannender Handlung.

Odeon- und Stadttheater. Im Vordergrund des Spielplans steht der große Film „Die Gezeichneten“, dessen hervorragende künstlerische Eigenarten wir schon kürzlich würdigten... Dieser Film ist ein Stück wirklichen Lebens aus dem Rußland von 1906 mit seinen Pogromen, seinen idealistischen Revolutionären, seiner Polizeiwirtschaft und seinem Volkstum... Ein Kriminalstück „Die Briefe der Frau von Romberg“ ist mehr für sehr naive Gemüter.

Metropol-Theater. Harry Piel zeigt sich als Unus im Sensationsfilm „Der verschwundene Hans“ wieder einmal als Allermittelst... Seine mit allen Kniffen und Finessen ausgeschalteten Detektivleistungen sind wieder reichlich mit Unmöglichkeit durchsetzt... U. a. läßt er Häuser verschwinden und macht Santos mit Automobilen... Daneben ist er sehr um verfolgte Frauen besorgt, deren eine er sich zum Schluß erobert... Eine wohnende Abwechslung in diesem Sensationschaos bilden herrliche Winterlandschaften, die durch Stromschellen besonders reizvoll wirken.

Das Lichtbild-Theater Apollo zeigt diesmal zwei beachtenswerte Filme... Nach dem Roman „Die neue Klasse“ ist ein fesselndes Filmspiel „Berlin W“ bearbeitet... Ein junger, treibender Journalist, dem Sumpfe der Großstadt mit etwas Nähe entronnen, heiratet eine Millionärstochter... Als die vernachlässigte junge Frau ihm ein Ultimatum — Liebe oder Arbeit — stellt, entscheidet er sich für das erstere und findet endlich sein Lebensglück... „Der rote Schatten“ handelt von den durch den Mädchenhandel hervorgerufenen Kämpfen zwischen Weißen und Farbigen in Afrika und zeigt der Film märchenhafte Aufnahmen dieses Erdteils.

Aus dem Osten.

Marienburg. Eifersuchtstragödie. Eine abenteuerliche Liebesgeschichte hat gestern morgen einen blutigen Ausgang genommen... Seit etwa einem halben Jahre hielt sich in Kalifornien bezw. Marienburg eine gewisse Lara Kahn auf, die, in Kalifornien geboren, zum Besuch ihrer Eltern von Amerika hierhergekommen war... Sie fing sofort einen sehr leichten Lebenswandel an, warf mit Geld um sich und empfing in der Wohnung ihrer Mutter zahlreiche Herrenbesuche, bis Mutter und Schwester des Treibens überdrüssig wurden und ihr das Haus verboten... Darauf hielt sie sich in Marienburg in verschiedenen Hotels auf und bald war die schon zweimalverheiratete unter dem Namen „Dollarprinzessin“ allgemein bekannt und wegen ihrer Freigebigkeit von jungen und älteren Herren umschwärmt... Einer ihrer besonders Bevorzugten war der 23jährige Hilfsbuchhändler Ernst Ritter... Nach aufgefundenen Briefen zu urteilen, hatte ihm Frau Kahn versprochen, ihn mit nach Amerika zu nehmen, sich dort von ihrem Manne scheiden zu lassen und ihn zu heiraten... Ueber die Ehefeierlichkeiten beide eine Reise zu Verwandten des Ritter in Ostpreußen, denen er die Kahn als zukünftige vorstellte... Sonntagabend nun gingen die Kahn, Ritter und verschiedene andere Herren wieder auf eine Dummelreise, von der sie

... sich gegen 8 Uhr zum Hotel der A. ... Ritter ... noch ein solches ... Ritter ...

Tempelberg (Pomm.) Das Ende eines Ehebrauchs... Im vergangenen Jahre hatte der Schneider Walter in Tempelberg ein schweres Brandunglück über die Gemeinde gebracht, indem er sein Geschäft aufstellte und dadurch mehrere Häuser in Mitleidenschaft zog... Walter verübte darauf Selbstmord, indem er sich vor einen Eisenbahnzug warf... Der Grund zu dieser unglücklichen Tat waren unglückliche Familienverhältnisse... Ritter hat sich die Frau in dem Döberitzgraben ertränkt... Sie hinterläßt fünf Kinder, von denen erst einige erwachsen sind.

Di. Krona. Der Bandarbeiterkrell... Im Kreise Di. Krona sind auf einem großen Teil der Güter die Bandarbeiter in den Streik getreten... Sicherem Vernehmen nach sollen ca. 80 Güter mit über 2000 Arbeitern der Streikparole der Gewerkschaften gefolgt sein... Die Pflichtenarbeiten werden überall von den Streikenden verrichtet... Die Sympathie der gesamten organisierten Arbeiterklasse und vieler Kreise der Bevölkerung ist auf der Seite der Streikenden, zumal dieser Kampf sich nur gegen die Willkürherrschaft des Pommerschen Landbundes richtet, der bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Gewerkschaften gänzlich ausschaltete.

Wolgaberg. Einbruch in den Konsumverein... In einer der letzten Nächte drangen Einbrecher in eine Filiale des Konsumvereins ein... Seit dem 11. Februar ist es der dritte Einbruch in diese Verkaufsstelle... Die Diebe erbeuteten Waren im Gesamtwert von etwa 18000 Mark.

Wolgaberg. Auf dem Schloßteich ertrunken... Einen traurigen Ausgang nahm eine Bootsfahrt, die zwei Leute am Sonntag gegen 1 Uhr nachmittags unternahmen... Durch leichtsinniges Schaufeln des Bootes schlopfte das Boot plötzlich Wasser und schlug um... Beide Insassen fränzten in das Wasser... Während der eine von ihnen, Herbert Schwärzel aus Mauschen, aus dem Wasser gezogen wurde, versuchte zunächst der andere, ein etwa 20 Jahre alter, unbelasteter junger Mensch, sich am Rande eines anderen Bootes festzuhalten... Den jungen Menschen verließen darauf seine Kräfte, und er versank in den Fluten, ohne wieder herauszukommen.

Bemerkhaftliches.

Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die Vorstände des ADGB und des IFA-Bundes haben dem Reichsarbeitsminister einen Antrag auf weitere Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose unterbreitet... Die letzte Erhöhung trat Mitte Februar d. J. in Kraft... Sie betragte den Tageslohn in der höchsten Ortsklasse für Verheiratete auf 18,50 Mark, für Ledige auf 16 Mark, und für Männer unter 21 Jahren auf 10 Mark; für Frauen betragen diese Sätze 16, 10 oder 8 Mark... Durch die seit der letzten Erhöhung eingetretene weitere Geldentwertung sind diese Unterstützungssätze durchaus ungenügend geworden... Es ist zu erwarten, daß die deutsche Regierung dem Antrag auf Erhöhung baldigst zustimmt.

2. gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Am 17. und 18. Juni d. J., also zwei Tage vor dem Gewerkschaftskongress, wird in Leipzig eine Konferenz stattfinden, die sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen hat: 1. Bericht des Jugendsekretariats (Maschke). 2. Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit (Dr. Löwenberg). 3. Musterleistungen für gewerkschaftliche Jugendpartei (Stegle). 4. Die Neugestaltung des Lehrlingsrechts und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung (Weißner). 5. a) Lehrwerkstätten (Ing. Fröhlich), b) Die örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften (Wilhelm, Frankfurt a. M.). Zu dieser Konferenz sind alle Verbandsvorstände eingeladen... Die Orts- und Bezirksausschüsse des ADGB, sowie Ortsverwaltungen einzelner Verbände, soweit sie für die Jugendarbeit besondere Einrichtungen geschaffen haben, können zu dieser Konferenz Vertreter entsenden.

Der Facharbeitermangel in Deutschland. Der Auf nach Facharbeitern wird immer dringender und es ist nicht zu verkennen, daß in einer Reihe von Berufen tatsächlich ein fühlbarer Mangel besteht, teils als unmittelbare Kriegsfolge durch Vernichtung der Arbeitskräfte und jahrelangen Ausfall des gewerblich geschulten Nachwuchses, teils als Folge veränderter Produktionsgrundlage... Die Bemühungen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge, die Umschulung ungelerner Arbeiter zu Facharbeitern zu betreiben, hat leider bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt... Besonders dringlich ist der Mangel an hausgewerblichen Facharbeitern... Es haben sehr eingehende Beratungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und der Regierung stattgefunden, um für die Umschulung zu Bauhandwerkern die notwendigen organisatorischen Grundlagen zu schaffen... Es ist zu erwarten, daß das Reichsarbeitsministerium bereits in den nächsten Tagen auf gemeinsamen Beratungen beruhende Richtlinien für die produktive Erwerbslosenfürsorge veröffentlicht wird, die die Umschulungsfrage (zuerst für Bauhandwerker) einheitlich regeln... Es wird dann Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Angelegenheit mit allen Kräften zu fördern, damit man endlich aus der Theorie zur Praxis kommt, denn mit der stärkeren Beschäftigung gelernter Kräfte hängt auch die Einstellung ungelerner Erwerbsloser zusammen.

Die Arbeitslosigkeit in Japan. Der Washingtoner Beschluß auf Beschränkung der Kriegsrüstungen zur See, der Japan zur Einschränkung seines Kriegsschiffbaues zwingt, hat unter den annähernd 33000 Arbeitern der Marineverft große Unruhe hervorgerufen, da sie bei der bedrängten Lage des privaten Schiffbaues von Arbeitslosigkeit bedroht sind... In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung wurde die Forderung aufgestellt, daß die Regierung allen Arbeitern, die infolge der Rüstungsbeschränkung arbeitslos werden, ein Abteigeld in Höhe des Lohnes für das letzte Jahr auszahlt... Weiter wurde ein besonderes Komitee eingesetzt, das die Forderungen der betroffenen Arbeiter vor der Öffentlichkeit und dem Parlament vertreten soll... Außerdem werden Versuche gemacht, durch Errichtung einer von den Arbeitern selbst geleiteten Fabrik Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Dieser ... well ... 9000 ... Katastrophe für die Stadt befürchten.

Aus aller Welt.

Lebensversicherung vom Straßburger Münster. Eine 23jährige Belgierin, namens Lucie Depaun, hat sich von der Plattform des Straßburger Münsters herabgestürzt... Der Körper der Lebenden war vollständig zertrümmert, nur der Kopf war unverletzt geblieben... Es ist dies der 10. Fall von Selbstmord durch Abprung von der Münsterplattform in den letzten 40 Jahren.

Im Eise gesunken. Der deutsche Schoner „Gatota“ ist während der Eisprellungen auf der Ostsee bei Dranske (Mügen) schwer led geworden und gesunken... Das Schiff liegt eine Gemeine nordwestlich von der Rettungsstation Dranske in 11 Meter Wassertiefe... Der abgebrochene Mast ragt aus dem Wasser hervor.

Berlin W. In das Treiben gewisser „Pensions“-Inhaberinnen in Berlin W. lenkte eine Verhandlung wegen Kuppler vor dem Landgericht Berlin... Die Angeklagte „Griffkellerin“ Martha Henning, eine 51 jährige Witwe, hatte ihre Wohnung zu einem buen retro für junge Mädchen und junge „Kavaliere“ umgewandelt... Sie redete teils selbst junge Mädchen auf der Straße an, teils ließ sie junge Mädchen durch Schleppe anwerben... Beim ersten Besuch pflegte sie ihnen Kaffee und Kuchen vorzusetzen und sie zur Wiederholung des harmlosen Besuchs auszufordern... Bei den folgenden Besuchen fanden sich dann Herren ein, die mit den Mädchen die ehestlichen „arten Beziehungen“ anknüpften... Durch Beobachtung des Telefons stellte die Polizei fest, daß die Angeklagte von anderen Kupplerinnen Bekrücken, Oasenrücken, Puten, Gasanen bestellte — sogenannte Telefonsuppelet — und es ergab sich bald, daß das „Wildpret“ aus jungen Mädchen bestand... Das Schöffengericht hatte sie mit Rücksicht einerseits auf ihre Vorkrafen, andererseits auf ihren leidenden Zustand zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt... Hiergegen hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt... Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung... Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe.

Drohender Bürgerkrieg in der Lübecker Bucht. Die Heringsfänge in der Lübecker Bucht haben seit einiger Zeit eingelegt, und schon sind Miesenfänge erzielt worden... Das geht ein Alarmruf durch die Kreise der deutschen und dänischen Dittschischer... Die fremden Fischer rücken mit ihren Ringwaden an und wollen in der Lübecker Bucht etwas von dem Segen für sich einheimeln... Was wird werden? Der preussische Staatsgerichtshof hat bis heute noch immer nicht entschieden, ob die fremden deutschen und die dänischen Fischer aus Jütland, Falster und Seeland innerhalb der Lübecker Hoheitsgrenze fischen dürfen oder nicht... Die preussische Regierung hat erklärt, es gäbe keine Lübecker Hoheitsgrenze, während Lübeck jedem mit der Beschlagnahme der Ringwaden droht, der sich in seinem Hoheitsgebiet sehen lasse... Die Gefahr eines Konflikts, der im vergangenen Jahr zwischen der Lübecker Polizei und den vielen fremden Fischern in Travemünde drohte, und nur mit Mühe verhindert wurde, naht von neuem... Jetzt sind die ersten Beschlagnahmen der innerhalb der Lübecker Hoheitsgrenze erzielten Heringsfänge erfolgt, und damit ist die Fehde von seiten Lübecks aufgenommen... Offentlich kommt es nicht zu einem preussisch-dänischen Krieg gegen die Republik Lübeck!

Münchener Zimmerwörter. In einer Enschließung der Bayerischen Mittelpartei wird darauf hingewiesen, daß die meisten Münchener Fremdenheimen zurzeit an Dauermieter keine Zimmer mehr abgeben, weil sie damit rechnen, in diesem Sommer für ein Zimmer 500 bis 600 Mark für den Tag bezahlt zu bekommen.

Veranstaltungs-Anzeiger

(Die Veranstaltungsanzeigen müssen mindestens einen Tag vor dem Erscheinungstage bei der Redaktion eingereicht werden.)

- E. P. D. 2. Bezirk (Rechtstadt).** Donnerstag, den 27. April, abends 7 Uhr, in der Handels- und Gewerkschule, An der großen Mühle, Zimmer Nr. 6, Generalversammlung. Vortrag des Abg. Genossen Alshövel über Wirtschaftspolitische Fragen.
- SPD, 3. Bezirk (Neuhäuser).** Mittwoch, den 26., 7 Uhr im Lokal „Zum Bechturm“; Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Gen. Abg. Nagroki: „Die Teuerung und ihre Ursachen“.
- SPD, 4. Bezirk.** Dienstag, den 26., abends 7 Uhr, im „Mantel Lomchen“, Neuwerk 10; Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Finken: „Wege zum Sozialismus“.
- SPD, Bezirks Neuhäuser-Krahan.** Mittwoch, den 26., abends 7 Uhr, im Lokal „Crawle“; Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Gen. Weiglein: „Die Teuerung und ihre Ursachen“.
- Jugendsozialisten-Gruppe.** Dienstag, den 25., abends 7 Uhr in der Aula der Hülfschule Heilige Geiststraße 11; Vortrag des Gen. Maffow über „Unser Parteiprogramm“. Anschließend Aussprache. Gäste willkommen.
- Berein Arbeiter-Jugend Danzig.** Heute, Dienstag, abends 7 Uhr: Probe für die Matfeter. Alle Mitglieder haben zu erwieinen. Ausgabe von Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen.
- Mittwoch, den 26. April, abends 7 Uhr: Vortrag des Gen. Walter Josef: „Die gewerkschaftliche Jugendbewegung.“**
- Verband der Gemeindefreien und Staatsarbeiter.** Mittwoch, den 26., Fuhrpark Alshövel und Krommenhof, Betriebsversammlung, 7 1/2 Uhr nachm., im Restaurant „Zur Erholung“.
- Donnerstag, den 27., nachm. 2 1/2 Uhr, bei Müller, Miedere Seigen 8, Betriebsversammlung Wasserwerk.**
- Freitag, den 28., nachm. 2 1/2 Uhr, bei Reimann, Hühnermarkt 6, Betriebsversammlung des Elektrizitätswerkes.**
- Mittwoch, den 26., abends 8 1/2 Uhr, Staatsarbeiterversammlung bei Müller, Miedere Seigen Nr. 8.**

Briefkasten.

„Freie Genossen“. Anonyme Zuschriften sind unverwendbar.

Danziger Nachrichten.

Die künstlerische Matinee der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei Danzig veranstaltet am Sonntag, den 20. April, in den gesamten Räumen des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses, Promenade, eine große künstlerische Feler. Das aufgestellte Programm verspricht dem Gedanken des Weltfeiertages der Arbeit würdigen und ernstlichen Ausdruck zu geben. Zur Mitwirkung sind gewonnen: das Orchester des Stadttheaters, die Herren R. L. W. e. r. und K. a. r. l. v. o. m. S. t. a. d. t. t. h. e. a. t. e. r., der Buchdruckereigenverein und die Arbeiterjugend. Die Bekrönte hält Gewisse A. z. e. g. y. d. l. i.

Nach Beendigung des künstlerischen Teils werden auch die Tanzlustigen zu ihrem Recht kommen. In den oberen Sälen ist durch Konzert und andere Veranstaltungen für Unterhaltung gesorgt. Beginn des künstlerischen Teils pünktlich nachmittags 8 Uhr.

Am Montag, den 1. Mai, veranstalten die Gewerkschaften und die politischen Parteien gemeinsam einen Demonstrationstanz. Die Aufstellung erfolgt am Liebenwall nachmittags 2 1/2 Uhr. Massengelänge der Arbeiterkämpfer sind vorgesehen. Der Zug bewegt sich durch die Stadt nach Schilling, wo Versammlungen stattfinden. Darauf bei Stepanowa und Drastowski (Friedrichshain) gefälliges Beisammensein.

Die Verkäufer sind zum Preis von 4 Mk. bei allen Vertrauensleuten, in den Verkaufsstellen der „Volksstimme“ und im Parteibureau 4. Damm 7, 8 Tr., erhältlich. Arbeitslose Parteimitglieder können die Karten gegen Ausweis anenigentlich auf dem Bureau in Empfang nehmen. Die Parteimitglieder werden aufgefordert, für rege Beteiligung an allen Veranstaltungen zu sorgen.

Die polnische Sprache in der Rechtspflege.

Im Artikel 4 der Verfassung ist dem polnisch sprechenden Volksteil der Gebrauch seiner Muttersprache bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege zugestanden. Näheres soll durch Gesetz bestimmt werden. Der Senat legt dem Volkstage jetzt den Entwurf eines solchen Gesetzes vor. In der Begründung führt der Senat aus, daß für den Inhalt dieses Gesetzes der Artikel 88 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. 1. 21 maßgebend ist. Dieser verpflichtet die Freie Stadt, auf die Minoritäten der Masse, Religion oder Sprache Bestimmungen anzuwenden, die denjenigen ähneln, welche von Polen in Ausführung des durch die Polen und die allierten Hauptmächte geschlossenen Vertrages zum Schutze der Minderheiten auf dem polnischen Gebiete angewendet werden. Im Verfolge dieses Artikels 88 der Konvention hat sich die Freie Stadt Danzig durch Artikel 225 des Danzig-polnischen Abkommens verpflichtet, Bestimmungen zu treffen, wonach der Gebrauch der polnischen Sprache vor den ordentlichen Gerichten in demselben Umfange zugelassen wird, wie der Gebrauch der deutschen Sprache vor den polnischen Gerichten des ehemals preussischen Teilgebietes Polens zugelassen ist.

Die Zulassung des Gebrauchs der polnischen Sprache bei der inneren Verwaltung ist durch Gesetz betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates vom 28. 8. 1876 geregelt. Wie der Senat mitteilt, ist eine Änderung dieser Bestimmung nicht geboten, zumal die Bestimmungen des Gesetzes hinsichtlich des Gebrauchs der polnischen Sprache mindestens so günstig sind wie diejenigen, welche hinsichtlich des Gebrauchs der deutschen Sprache durch die polnischen Verordnungen erlassen sind.

Bei der Rechtspflege ist nach dem jetzigen, in Danzig geltenden Rechte der Gebrauch der polnischen Sprache nur bei mündlichen Verhandlungen, nicht hingegen bei schriftlichen Eingaben gestattet und auch bei mündlichen Verhandlungen nur in dem Falle, wenn eine Beteiligung der deutschen Sprache nicht möglich ist. Diese Voraussetzung wird in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei der Aufnahme gerichtlicher oder notarieller Urkunden schon dann als gegeben angesehen, wenn der Beteiligten erklärt, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig sei.

Nach der polnischen Sprachenverordnung ist der Gebrauch der deutschen Muttersprache bei polnischen Gerichten schon dann allgemein zulässig, wenn der Beteiligte erklärt, daß die deutsche Sprache seine Muttersprache sei. Er kann sich ihrer also selbst dann bedienen, wenn er der amtlichen polnischen Gerichtssprache mächtig ist. Gemäß Artikel 225 des Abkommens vom 24. 10. 21 macht dieser Artikel 8 der polnischen Verordnung eine Änderung und Ergänzung des § 179, Abs. 1 R. V. G. B. und des § 244 Abs. 1 B. G. B. erforderlich.

Der Gesetzentwurf des Senats bestimmt daher folgendes:

- § 1. Personen, welche erklären, daß die polnische Sprache ihre Muttersprache sei, ist es gestattet, sich in dieser Sprache sowohl mündlich als auch schriftlich an Gerichte, Gerichtsbeamte und die Staatsanwaltschaft zu wenden.
- § 2. Anträgen um Eintragung und Bewilligung von Eintragungen in öffentliche Bücher oder Register, welche in polnischer Sprache eingereicht werden, ist eine von einem vereideten Dolmetscher angefertigte Uebersetzung in die deutsche Sprache beizufügen; andernfalls bleiben sie unberücksichtigt.
- § 3. Erklärt ein Beteiligter, daß die polnische Sprache seine Muttersprache sei und er in dieser keine Erklärungen abgeben wolle, so finden die Vorschriften der §§ 187, 190 des Gerichtsverfassungsgesetzes und bei gerichtlichen und notariellen Beurkundungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Vorschriften des § 179 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, bei der Errichtung von Testamenten und Erbansätzen die Vorschriften des § 244 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechende Anwendung.
- § 4. Auf Erklärungen, Eingaben und Anträge von Beamten, Rechtsanwältinnen und Notaren finden die vorstehenden Vorschriften keine Anwendung.
- § 5. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1923 außer Kraft.

Da die polnische Sprachenverordnung mit dem 1. April 1923 außer Kraft tritt, so soll dementsprechend auch das Dan-

ziger Gesetz nur bis zum 1. Oktober 1923 gelten. Die Freie Stadt Danzig wird sich dann von neuem die Frage vorlegen, ob mit Rücksicht auf eine etwa nach dem 1. April 1923 erfolgte Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zulassung des Gebrauchs der deutschen Sprache in Polen auch eine Änderung der Danziger Bestimmungen erforderlich wird.

Die Kartoffelhandelsangelegenheiten.

Den mehrfachen Forderungen auf bessere Regelung des verblühten Kartoffelverkaufs trägt der Senat, wie aus einer Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil hervorgeht, insofern Rechnung, als drei weitere Verkaufsstellen in der Stadt eingerichtet sind und die Abgabe von nur 10 Pfund gegen Vorzeigung der Nahrungshauptkarte erfolgt.

Der Anabenmord auf der Niederstadt.

Verurteilung des Täters zu 15 Jahren Gefängnis.

Zum zweiten Male in wenigen Tagen steht vor dem Jugendgericht ein jugendlicher Mörder. Der Anabenmord auf dem Thurnischen Weg am 21. März ist noch in aller Erinnerung. Heute morgen hatte sich der Täter, der am 1. Mai 1908 geborene Artur Denser wegen Raubmordes an dem Kaufburschen Paul Horn zu verantworten. Es waren acht Zeugen geladen, darunter die Eltern des Angeklagten, ferner der Kreisarzt und der Gerichtschreiber. Der Zuschauerraum war dicht gedrängt voll, größtenteils Angehörige des weiblichen Geschlechts. Die Bestimmung der Personalien des Angeklagten ergab, daß er katholisch und als uneheliches Kind geboren ist. 1908 heiratete der Arbeiter Densch die Mutter des L. und gab vor dem Standesamt eine Erklärung ab, daß er den Jungen als seinen Sohn anerkenne. D. erklärte jedoch vor Gericht, daß er nicht der Vater des L. sei.

Nach der Vorbitte werden dem Angeklagten 2 Scheckfälligkeiten zur Last gelegt. In einem Falle gab er zu, einen Scheck über 5000 Mark in 5000 Mark gefällig zu haben. Die Bank zahlte auch die 5000 Mark aus; von der Summe behielt L. 4500 Mark für sich. Davon will er 1500 Mark in der Breitgasse verpfändet haben, etwa 2000 Mark sind zur Anschaffung von Fahrrädern vermandt worden. In einem weiteren Fall hat er durch Scheckfälligkeit 1000 Mark erbeutet.

Der Angeklagte wurde alsdann über den Mord an dem Kaufburschen Horn vernommen. Denser hat nach längerem Zeugniss auf dem Polizeipräsidium ein ausführliches Geständnis abgelegt, das er auch jetzt vor Gericht als richtig anerkannte. Danach hat er den auf den Boden gelockten Horn, als dieser sich zur Bestätigung der Schmittsche blickte, zuerst auf den Hinterkopf und dann wahllos auf ihn eingeschlagen. Dann hat Denser das Geld aus der Brusttasche des Ermordeten genommen, den Boden abgeschossen und ist ins Kino gegangen. Da er Entdeckung fürchtete, schaffte er die Leiche auf den Nachbargarten. Die Blutspuren wurden beseitigt. Die Leiche wurde dann gefunden.

Der Angeklagte, der einen durchaus intelligenten Eindruck macht, schildert die Einzelheiten ohne jede Erregung. Als die Leiche entdeckt wurde, warf L. das noch nicht verpackte Geld in die Wollkan. Erwidernswert ist noch, daß L. am Tage nach dem Morde die Kirche aufsuchte. Auf eine Frage des Verteidigers wurde festgestellt, daß L. auch ein reger Kinobesucher und ein Freund von Schundliteratur war. Der Verteidiger legte einige Hefte aus dem Werke Densers vor. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Lehrer in der Schule nicht vor der Schundliteratur gewarnt habe, erklärte Denser, daß der Lehrer die Schundhefte wohl weggenommen, aber dann selbst gelesen habe.

Eine Nachbarin stellte dem Angeklagten ein gutes Zeugnis aus. Kriminalkommissar Schmidt schilderte die Bemühungen der Kriminalpolizei zur Aufdeckung des Mordes.

Die Mutter des Angeklagten, die allgemein Mitleid erregte, erklärte unter Tränen, daß sie von dem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch mache. Das gleiche erklärte auch der Stiefvater Densch.

Der Gerichtschreiber K. n. o. c. h. sagte aus über die Mitstreifer, die auf dem Boden und an den Kleidern des Denser gefunden wurden. Besonders starke Blutsflecken wurden an der Hose gefunden, die L. am Tage des Mordes getragen hat.

Kreisarzt Dr. R. o. s. e. n. b. a. u. m. legte die S. c. h. ä. d. e. l. d. e. e. des Ermordeten vor. Der Tote wies 11 Verletzungen auf. Tödlich wirkte der Schlag mit der Axt auf den Hinterkopf. Ueber den Geisteszustand des Angeklagten befragt, erklärte der Sachverständige, daß L. über sein Alter hinaus intelligent sei. Die Tat sei mit Ueberlegung geschehen und der Angeklagte dafür voll verantwortlich.

Der Staatsanwalt führte aus, daß L. durch Verbrechen sich Geld beschafft habe und allmählich gefallen an großen Geldausgaben gefunden habe. Bei der Ermordung des Horn sei der Angeklagte mit vollem Bewußtsein und planmäßig vorgegangen. Es liege Raubmord vor. Die Hier nach Geld und Vergnügen sei die Ursache der Tat. Mildernde Umstände lägen nicht vor. Der Angeklagte habe raffiniert und kaltblütig einen Menschen ums Leben gebracht.

Die Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis sei angemessene Strafe. Wenn der Angeklagte vor den Geschworenen stände, würde er sicher zum Tode verurteilt werden.

Der Verteidiger erklärte, daß die Tat nicht mit Ueberlegung geschehen sei. Beim Anblick des Geldes sei die Geldgier in dem Angeklagten plötzlich erwacht. Ohne jede Ueberlegung habe Denser dann die Tat begangen. Es liege lediglich Totschlag vor. Die Verwahrlosung der Jugend durch ungeeignete Kinovorführungen müßten als mildernde Umstände bewertet werden. Von einer geregelten Erziehung im Elternhause könnte auch keine Rede sein, weil beide Eltern außerhalb des Hauses arbeiten müßten, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Daß der Junge sich so oft allein überlassen blieb, wurde sein Verderben. Das Gericht möge Milde walten lassen, schon mit Rücksicht auf die bedauernden Werte Mutter des Angeklagten.

Nach etwa 1/2 stündiger Beratung verkündete der Vorsitzende des Gerichts das Urteil. Der Angeklagte wurde wegen Mordes zur gesetzlichen Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafen für die Scheckfälligkeiten sind darin eingeschlossen. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß Denser mit

voller Ueberlegung gehandelt habe. Bei der Tat zumessung sei davon ausgegangen, daß die Tat so schrecklich und grauhaft ist, wie sie nur selten in der Kriminalgeschichte jugendlicher vorkommt. Die Tat sei niederen und gemeinen Motiven entsprungen. Auch habe der Angeklagte hartnäckig gelehnet und fetterlet Neue über sein Verbrechen gezeigt. Dieses Fall verlange die ganze Schwere des Gesetzes. Das Gericht hat beschlossen, die Strafe nicht auszusprechen, sondern sofort zu vollstrecken.

Der jugendliche Angeklagte nahm das Urteil ruhig entgegen.

Des Gattenmordes verdächtig ist der Fischer und Eigentümer Karl Wessel aus Schnackenburg verhaftet worden. Vor mehreren Tagen verstarb die etwa 50 Jahre alte Ehefrau des Wessel plötzlich und sollte begraben werden. Man nahm zunächst an, daß sie eines natürlichen Todes gestorben sei. Da das Ehepaar jedoch häufig in Unfrieden gelebt hatte und der Mann ein Trinker war, so entstand der Verdacht, daß Frau W. eines gewaltsamen Todes gestorben sei. Die Ortsbehörde ging der Sache nach und benachrichtigte die Danziger Staatsanwaltschaft. Von hier begab sich eine Gerichtskommission mit zwei Ärzten nach Schnackenburg. Man fand die Leiche der Frau noch fast in demselben Zustande vor, wie sie verstorben war. Der Ehemann war wieder stark angetrunken. Die Gerichtsärzte stellten fest, daß Frau W. durch zwei Schüsse getötet worden war, die von einem großkalibrigen Geschos herrihrten. Man fand alsbald auch unter einem Spinde in der Wohnung des W. versteckt einen alten großkalibrigen Armeervolwer vor. Der Mann war zunächst noch ziemlich vernunftgemäß und versuchte dann, den Tod seiner Ehefrau auf Selbstmord zurückzuführen. Hierbei blieb er bis jetzt. Da jedoch schwere Verdachtsmomente gegen W. vorliegen, wurde er in Untersuchungshaft genommen.

Ein Schuppen im Rarmelsterhof niedergebrannt. Gestern nachmittags, gegen 5 1/2 Uhr, brach in einem im Rarmelsterhof gelegenen Schuppen Feuer aus. Da der Schuppen mit Stroh gefüllt war, hatte das Feuer reichliche Nahrung, so daß, als die Feuerwehr zur Stelle war, der Schuppen bereits in hellen Flammen stand. Die Wehr bekämpfte den Brand mit vier Schlauchleitungen, beschränkte aber in der Hauptsache ihre Tätigkeit darauf, die umliegenden Bauwerke vor einem Ueberreifen des Brandes zu schützen. Der Schuppen ist vollkommen niedergebrannt.

Das Schlussspiel der Gasplikturpe Dresdener Studenten findet am Sonntag, den 29. April, abends 8 Uhr, in Danzig statt. Zur Aufführung gelangen Goethes „Bürgergeneral“ und „Herr Peter Squenz“ von Grynpius. Alles Nähere aus den demnächstigen Ankündigungen.

Die Errichtung eines Amtsgerichts in Neuteich.

In der bekanntlich sehr umstrittenen Frage der Errichtung eines Amtsgerichtes in Neuteich hat der Senat dem Volkstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen. Dieser Entwurf enthält nur zwei Paragraphen, und zwar lauten diese: § 1. In der Stadt Neuteich wird ein Amtsgericht errichtet. Den Gerichtsbezirk bildet der zum Amtsgerichtsbezirk Tegenhof gehörige Teil des Kreises Großer Werder südlich der Landgemeinden Schöneberg, Schöneberg, Krennshufen, Tadelopp, Tlege, Marienau, Klein-Mausdorf, Krebsfelde und Wolfsdorf an der Rogat. § 2. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird durch den Senat bestimmt.

Der Vorlage gibt der Senat eine längere Begründung, in der es heißt, daß das Verlangen der Bevölkerung der südlichen Hälfte des Kreises Großer Werder nach der Errichtung eines zweiten Amtsgerichtes infolge der räumlichen Verhältnisse verständlich sei. Auch müsse sie vom Standpunkte der Rechtspflege aus für erforderlich erachtet werden. Als Sitz für ein zweites Amtsgericht komme nach Lage der Verhältnisse lediglich Neuteich in Frage. Wenn auch nicht zu vertreten sei, daß die Entfernung dieser Stadt von den südlichen Teilen des Kreises immerhin noch recht erheblich ist, so sei dem jedoch dadurch Rechnung getragen, daß inzwischen in alle zwei Wochen in K. a. l. t. o. f. t. a. k. t. i. n. d. e. r. e. l. n. i. g. a. l. e. r. V. e. r. i. c. h. t. s. t. a. g. eingerichtet ist, dessen Verbehaltung auch weiterhin beabsichtigt ist. Durch die vorgesehene Abgrenzung der Amtsgerichtsbezirke Tegenhof und Neuteich würden die Interessen von Tegenhof und derjenigen Landgemeinden, welche bessere Verkehrsbeziehungen nach Tegenhof als nach Neuteich haben, berücksichtigt. Zugleich würde eine voraussichtlich gleiche Geschäftsverteilung auf die beiden Gerichte erzielt, so daß von den im Haushalt vorgesehene Beamten jedem Gericht ohne Erhöhung der Gesamtzahl die Hälfte zugeteilt werden könnte.

Die durch Einrichtung des Amtsgerichtes Neuteich verurachten einmaligen Baukosten des Geschäftsgebäudes für Neuteich sind von dem Hochbauamt gegenüber den aus dem sonst unbedingt notwendigen Ausbau des Gerichtsgebäudes in Tegenhof zur Aufnahme eines mit vier Richtern zu besetzenden Gerichts von 370 000 Mark auf 1 200 000 Mark, also mit einem Mehrbetrag von 830 000 überschläglich veranschlagt worden. Von dem Bau eines Gefängnisses in Neuteich ist Abstand genommen worden, weil das in Tegenhof vorhandene Gefängnisgebäude zur Aufnahme der Gefangenen aus dem Amtsgerichtsbezirk Neuteich, soweit diese nicht in die Strafanstalt in Danzig abgeführt werden, ausreicht. Für die dem Amtsgericht vorzuschreibenden festgenommenen Personen sind jedoch im Gerichtsgebäude für Neuteich mehrere Zellen vorgesehen.

Die Stadt Neuteich hat außer der umentgeltlichen Vergabe eines günstig gelegenen Baugeländes mit gutem Baugrunde die Bezahlung eines Beitrages von 500 000 Mark zu den Baukosten zugesichert.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes hängt, falls der Volkstag seine Zustimmung gibt, von der Fertigstellung des Baues des Gerichtsgebäudes ab.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	6,13	am Portage	7,85
Amer. Dollar :	247	"	264
Englisches Pfund:	1100	"	1130

Volkswirtschaftliches.

Die Getreide-Währung.

Der Präsident des englischen Nationalbundes der Produktionsführer, H. C. Grant, hat in London den Vorschlag gemacht, der Weizenpreis in jedem Lande solle zur Grundlage der Berechnung der Goldwerte der einzelnen Länder gemacht werden, weil Weizen das wichtigste Exportprodukt sei. Er gab an, daß manche Einzelheiten noch zu regeln seien würden, ehe ein solcher Plan zur Durchführung zeitig sei, aber er gab dem Gedanken Ausdruck, daß der Völkerverbund oder irgendeine andere internationale Körperschaft die Mittel beschaffen könnte, um einen Weizenfonds in allen Ländern zur Durchführung dieser Maßnahme anzulegen.

Der Londoner Chefredakteur des „Manchester Guardian Commercial“ hat diesen Vorschlag zahlreichen Volkswirtschaftlern zur Aussprache vorgelegt. Die meisten sind aber mit ihrer Meinung darüber nicht herausgekommen, sondern haben sich näheres Nachdenken über diese Frage vorbehalten. Immerhin fragte einer von ihnen, warum die Engländer auf diese Weise für Amerika die Kassen aus dem Feuer holen sollten. Er wies darauf hin, daß die Amerikaner jahrelang Gold an sich gerissen hätten und nun nicht wüßten, was sie damit anfangen sollten. Stufen bräute es ihnen nicht ein, und es könnte ebensogut auf dem Grunde der See liegen, denn die Engländer brauchen es nicht zurückzuführen, weil das britische Reich den größten Teil der Goldproduktion der Welt beherbergt. „Warum also“, fragt er, „sollen wir den Wert des Weizens anstatt des Wertes des Goldes zur Grundlage unserer Wechselkurse machen? Weizen brauchen wir nämlich von Amerika, Gold aber nicht.“

Dieses Argument eines Engländer, der vom englischen Standpunkt aus den Vorschlag ablehnt, hat offenbar mitgewirkt bei der Bestimmung eines Abänderungsvorschlages, der von dem ersten Direktor der Landwirtschaftlichen Bank in Polen, Dr. Leo Wegener, gemacht wurde. Da wurde nämlich an Stelle der Goldwährung für Deutschland die Einführung einer Roggenwährung vorgeschlagen. Roggen ist auch Korn, Roggen ist sogar die Hauptform, die wir in Deutschland verbrauchen, und Roggen führen wir nicht in größeren Mengen aus dem Ausland ein: das hat sich der Verfasser dieses Vorschlages anerkennend gedacht; er hat nur die Kleinigkeit übersehen, daß Roggen seit dem Auscheiden Rußlands überhaupt kein Welthandelsgut mehr darstellt, und daß, wenn wir uns den Spaß machen, statt einer Goldwährung, die daran leidet, daß wir kein Gold haben, bei uns eine Roggenwährung zu etablieren, obwohl die ganze Welt gar keinen Roggen will, dadurch unsere Lage lebensfähig nicht verbessern würden.

Gegen den Plan einer Weizenwährung läßt sich natürlich noch manches sagen, was auch nichts Bloß zu den von Herrn

Grant vorgelegenen „Einzelheiten“ gebört, die noch in Ordnung gebracht werden müssen. Ernst zu nehmen ist der Plan der Weizenwährung ja ohnehin nicht. Sehr ernst aber ist es, wenn ein angesehenes Bankmann einen solchen Vorschlag und die daran geklebte englisch-sachverständige Kritik total mißverstehend, seinerseits Vorschläge macht, die eigentlich unter sachlich gebildeten Nationalökonomien Bauchschmerzen vorhaben hervorzurufen sollten. Aber davon ist leider gar keine Rede, daß man solche Phantasien mit einem Knebeln abtun darf. Wenn nur ein Titel dahinter steht, wird jeder noch so phantastische Vorschlag zum Geldwesen bei uns so ernst genommen, daß er bracht, fortsetzend Böses zu gebären, und daß man ihn deshalb schleunigst abmucken muß. Was hiermit geschehen ist. Edwin Carrow.

Letzte Nachrichten.

Sozialistischer Sieg in Schaumburg-Clippe.

Die bürgerlichen Hoffnungen zertrüben.

Bei den Wahlen zum Schaumburg-Clippischen Landtage, die am Sonntag stattfanden, wurden im ganzen 24 801 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die sozialistischen Parteien 12 840 und auf die bürgerlichen 11 962. Die Einzelergebnisse stellen sich wie folgt dar: Sozialdemokraten 10 788, Unabhängige 1588, D. Vp. 8545, Dnat. Vp. 2508, Wirtsch. Vgg. 898, Parteilose 645, Landbund 1857, Handwerkerbund 1771, Demokraten 1902, nationalsozialistische Vgg. 140. Das Stärkerverhältnis im Landtage bleibt wie es gewesen ist. Die Sozialdemokraten behalten die Mehrheit.

Das Schicksal der Weichselbörser.

Wie aus Kreisen der Wertschafferkonferenz zunächst mündlich verlautet, ist in der Sitzung vom 21. April in der Weichselfrage beschlossen worden, daß Polen die Gesamtheit des ihm zugesprochenen Gebietes auf dem rechten Weichselufer erst dann besetzen soll, sobald eine vorläufige deutsch-polnische Vereinbarung über die Frage des Zuganges zur Weichsel abgeschlossen worden ist. Weiter wurde beschlossen, die Grenzkommission aufzufordern, die Absteckungsarbeiten für die neue deutsch-polnische Grenze sofort zu beginnen, und endlich sollen die deutsche und die polnische Regierung erneut aufgefordert werden, die Sachverständigenverhandlungen zu beschleunigen.

Darnach würde die Wertschafferkonferenz mit den Weichselbörsern dasselbe Spiel wiederholen wie mit Oberschlesien. Deutschland soll sich über die feststehende Abtretung mit Polen „verständigen“, damit das Gewissen der Entente-Staatsmänner beruhigt wird.

Vollgelehrter vom 25. April 1922. Festgenommen: 24 Personen, darunter 9 wegen Diebstahls, 8 wegen Hehlerei, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Falschvergehen, 1 wegen Trunkenheit und Passantenbelästigung, 5 in Vollgehaft; obdachlos 8 Personen.

Standesamt vom 25. April 1922.

Todesfälle: Unverhehlt. Renate Pawlowksi, 85 J. — Arbeiter Franz Sonntag, 60 J. 6 W. — Schuhmachermeister Eduard Behrmeller, 72 J. 7 W. — Frau Florentine Schöps geb. Jäger, 82 J. — Photograph Adolf Hauger, 85 J. 5 W. — Sohn des Opernsängers Dr. jur. Friedrich Schröder, 1 Tag. — Frau Martha Stimmermann geb. Nikolajewsky, 80 J. 5 W. — Frau Juliana Alex geb. Ding, 87 J. 2 W. — Rentier Julius Scherret, 74 J. 9 W. — Witwe Emilie Groß geb. Bedarf, 85 J. 10 W. — Witwe Emilie Probst geb. Riehe, 51 J. 8 W. — Sohn des Maurers Paul Czerwinski, 4 W. — Tochter des Schuhmachers Paul Bonardski, 1 J. 2 W. — Kaufmann Germinie Penner, 77 J. 8 W. — Unheilsch 1 Todt.

BOEG



QUALITÄT RAUCHER

Wasserstandsnotizen am 25. April 1922.

	23. 4.	24. 4.	Ausbruch	Montauespige
Zowitshof	+1,54	+1,54	-2,07	+2,22
Warschau	+1,93	+1,84	-1,58	+1,77
Plock	+1,56	+1,54	-1,62	+1,83
Thorn	+1,87	+1,84	-1,84	+2,04
Jordan	+1,75	+1,77	-2,24	+2,22
Gulm	+1,63	+1,68	-2,30	+2,30
Grudenz	+1,80	+1,80		
			Schnau O. P.	+6,68
			Walzenberg O. P.	+4,61
			Neuhorsterbusch	-2,02
			Anwachs	+0,85
				+0,81

Verantwortlich für Politik Ernst Boops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Cwert in Oliva. — Druck von J. Geshl & Co., Danzig.

Milchliche Bekannmachungen.

Von Donnerstag, den 27. April 1922 werden in den Lagern
 Artikelkassette, Hohe Seigen, Kleines Jenghaus, Wallplatz, Herengartenkassette, Küst. Rathaus, Pfefferstadt, sowie in Langfuhr und den anderen Vororten Kartoffeln zum Preise von Mk. 150.— pro Zentner verkauft.
 Die Abgabe erfolgt gegen Vorzeigung der Nahrungshauptkarte, und zwar wird die Karte mit 10 Pfund Kartoffeln beliefert.
 Bisher belieferte Karten können nicht mehr berücksichtigt werden. Verkaufszeit vormittags 9—12 Uhr, nachmittags 3—8 Uhr.
 Danzig, den 25. April 1922.
 Der Senat. (6488)
 Ernährungsamt.

Freie Volksbühne

Danziger Gesellschaft (Werkspeisehaus).
 Am Donnerstag, den 27. April, Serie B.
Der Biberpelz
 Komödie von Gerhart Hauptmann.
 Einlaß 6 1/2 Uhr. — Anfang 7 Uhr. — Ende 9 1/4 Uhr.
Ohra-Stadtgebiet ff. Guts-Milch
 kostet bei mir (6459)
5,50 Mk. p. Ltr.
 Kirstein, Ohra a. d. Ostbahn.

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
 Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnleidende
 Telef. 2621 Pfefferstadt 71^I 2621
 Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Franz Boss, Lederhandlung

Danzig, Holzmarkt 5, Telefon 1604
 Langfuhr, Hauptstr. 124, Telefon 894
Großes Lager in Ober- u. Unterleder.
Täglich frischer Schien-Russchnitt!
 Ankauf von rohen Häuten und Fellern zu höchsten Tagespreisen!

Wir empfehlen die vorzügliche Ravenstein-Karte vom

Freistaat Danzig
 Buchhandlung Volkswacht
 Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Brennholz

geschnitten und gespalten, meter- und kiepenweise gibt ab zu billigsten Tagespreisen (6485)
N. Schmidtke, Schichaugasse 6.

Lücht. Bauochlosser

heißt ein **B. Blank,**
 Langfuhr, Mirkauer Weg 44. (6487)

Volkstürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft — Sterbekasse. — Kein Pollicenverfall. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der Rechnungsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Sackell-Anzug

mittlere Größe, zu kaufen gesucht. Off. mit Preis unt. A. 244 a. d. Exped. d. Ztg. (f)

Haare

kauft zu höchstem Preis **Robert Kleefeld,** Haarhandl., Breitgasse 6.

Stenographie

Einzelunterricht 497 Tages- u. Abendkurse Otto Slade, Neugarten 11.

Chrl. Mädchen

für kleinen Haushalt sucht Frau Stein, Säkerstraße 21. (f)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
 Serie, Dienstag, den 28. April, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1.
Die Dollarprinzessin
 Operette in 3 Akten. Musik von Leo Fall. In Szene gesetzt von Erich Sterned. Musikalische Leitung: Ludwig Schlegel. Inspektion: Emil Werner.
 Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
 Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. „Was um Geld.“ Ein Stück in 3 Aufzügen.
 Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. „Martha.“ Oper. (Lady Harriet Durham: Frau Maria Lang-Friedfeld, vom Landestheater in Wiesbaden als Gast auf Engagement.
 Freitag, abends 6 Uhr. Dauerkarten E 1. „Die Walküre.“ Handlung in 3 Aufzügen.
 Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten A 2. Ermäßigte Preise. „Die Räuber.“
 Sonntag, vorm. 11 Uhr: 16. (literarische) Morgenfeier: Friedrich Ehrhard: „Dante.“

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann
 Morgen, Mittwoch, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr
 Kassenöffnung 6 Uhr
„3 alte Schachtein“
 Erhält, den 28. April, „3 alte Schachtein“
 Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6195)
„Libelle“
 Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Anfertigung sämtlicher
DRUCKSACHEN
 In geschmackvoller und sauberer Ausstattung
Massenaufgaben
 in kürzester Zeit zu billigsten Preisen
 Kataloge • Broschüren
 Zeitschriften • Bücher
Buchhandlung
 Sozialistische Literatur in größter Auswahl
Danziger Volksstimme
 Fernsprecher 3290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Robert Ehmann
 Altstädtischer Graben 3
 neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
 Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
 Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
 Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen. (6090)

Wir empfehlen:
Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch
 || Ersetzt eine ganze Bibliothek ||
 Preis 15.— Mark.
Buchhandlung Volkswacht
 Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Wir empfehlen:
Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch
 || Ersetzt eine ganze Bibliothek ||
 Preis 15.— Mark.
Buchhandlung Volkswacht
 Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.